

Planzeichenerklärung (nach § 2 Abs. 4 und 5, 2. Halbsatz PlanZV 90)

I. Planzeichenfestsetzungen 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Industriegebiet (§ 9 BauNVO)

OK 50,0 m

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO) 0,9 = Grundflächenzahl (§ 16 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. §§ 17 und 19 BauNVO) 10,0 = Baumassenzahl (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 21 BauNVO) OK 50.0 m = Oberkante Gebäude in Meter über mittlere Geländehöhe als

Höchstmaß, Bezugshöhe 97,0 m über NHN (DHHN 2016) (§ 16 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. § 18 Abs. 1 BauNVO)

3. Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO) Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen

Fuß- / Radweg (privat / Betriebsweg)

5. Flächen für Versorgungsanlagen und für die Abwasserbeseitigung (§ 9 Abs.1 Nr. 12 BauGB)

Flächen für Versorgungsanlagen, Elektrizität

Flächen für Regenwasserbewirtschaftung

Grünflächen (§ 9 Abs.1 Nr. 15 BauGB)

private Grünflächen

öffentliche Grünflächen

7. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB)

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB) Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und Abs. 6 BauGB)

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB) Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Planfeststellungsersetzenden B-Plans (Planung gemäß § 37 Ab. 3 StrG LSA zur Aufweitung der L 50)

GFL 1: mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB) GFL 2: mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

GFL 3: mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen GFL 4: mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

II. Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB) Gasleitung "FGL 103 DN 900 ONTRAS" mit beidseitig 10 m Schutzstreifen

Gasleitungen "FGL 67 DN 500 ONTRAS" / "FGL 103.09 DN 600 ONTRAS" mit beidseitig 8 m Schutzstreifen

380-KV-Leitung Wolmirstedt-Förderstedt 437/438 von Mast-Nr. 66-70neu (50Hertz) mit beidseitig 35 m Schutzstreifen 110-kV-Freileitung Förderstedt - Magdeburg LH-12-2000 (Avacon) mit beidseitig

Rohstoffpipelines RRB / PST (DOW) mit beidseitig 3 m Schutzstreifen (Mindestabstände > 20 m zur nächstgelegenen Bebauung, gemäß Genehmigungsbescheid) Wasserleitungen unterirdisch DN600 St (TWM) mit beidseitig 4 m Schutzstreifen, Rückbau

Mittelspannung-Leitung (Avacon), Rückbau Niedrigspannung-Leitung (Avacon)

Trafostation Obstbau (MN11318)

Mittelspannung-Leitung (Avacon)

Maßnahmenflächen im Rahmen des Neubaus der BAB 14

trigonometrischer Festpunkt mit Nummer

Anbaubeschränkungszone der BAB 14 (100m) bzw. B 81 (40m)

Wassereinzugsgebietsgrenze Eulegraben / Seerennengraben

Höhenplan (© Fachbereich Stadtplanung und Vermessung)

Höhenwerte im Geltungsbereich: 88.2 - 108.7 m ü. NHN (DHHN 2016)

Aufgrund des §10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBI. Nr. 12. S. 288) in der zuletzt geänderten Fassung

S. 288), in der zuletzt geänderten Fassung,

"Eulenberg" bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung beschlossen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat in seiner Sitzung am 12.10.2023 gemäß § Abs. 3 und §2 Abs. 1 sowie §13 BauGB die Aufstellung und öffentliche Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2

"Eulenberg" einschl. der ersatzweisen Planung nach §37 Abs. 3 StrG LSA zur Aufweitung der L50 "Baustellenzufahrt" beschlossen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat in seiner Sitzung am 12.10.2023 dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2 "Eulenberg" und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß §3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 22.12.2023 im Amtsblatt Nr. 27

Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2 "Eulenberg" und die Begründung haben vom 08.01.2024 bis 07.02.2024 gemäß §3 Abs. 2 BauGB öffentlich

Es wird hiermit beglaubigt, dass dieser Plan mit der Urschrift der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2

Fachbereich Stadtplanung und Vermessung

Der Beschluss über die Satzung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2 "Eulenberg"gemäß§10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden. Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2 "Eulenberg"ist damit in Kraft getreten.

Magdeburg, 2 3, 07, 2024

ortsüblich bekannt gemacht.

Magdeburg, 2 3. 07. 2024

Magdeburg,

24.07.29

Der Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss wurde gemäß §2 Abs. 1 Satz 2 BauGB am 22.12.2023 im Amtsblatt Nr. 27 ortsüblich

bekannt gemacht.

Magdeburg, 2 3, 97, 2024

at der Städtrat der Landeshauptstadt

Magdeburg, Z 3. 07. 202

Magdeburg am 17.06.2029 die 1 Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2

Die verwendete Planunterlage enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die

städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen

sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig

bVerming. / Fachbereich Stadtplanung und

Die Mitteilung und Anfrage an die für die Raur ordung und Landesplanung zustandige Behör ist gemäß §1 Abs. 4 BauGB er olge

Gemäß §13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach §3 Abs. 1 und §4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Die Behörden und sonstigen Träger*innen öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 16.11.2023 und vom 11.01.2024 gemäß §4.Ab

Nach Prüfung der abgegebenen Stellungnahmen gemäß §3 Abs. 2 BauGB hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg die 1. Änderung

als Satzuno

des Bebauungsplans Nr. 353-2 "Eulenberg"i

Die Satzung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2 "Eulenberg" bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A)

gemäß §10 Abs. 1 BauGB beschlossen

BauGB zur Abgabe einer Ste

aufgefordert worden.

Oberbürgermeisterin

seiner Sitzung am

lie Begründung gebilligt. Magdeburg, 2 3, 97, 200

wird hiermit ausgefertigt.

Magdeburg, 20.06.2024

lilo mi

Magdeburg, Z 3. 07. 20

Von einer Umweltprüfung gemäß §2 Abs. 4 BauGB wird nach §13 Abs. 3 Satz 1 BauG

Magdeburg, 2 3. 07. 202

Oberbürgermeisterin

Magdeburg, 24, 07, 2024

Satzung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2

einschließlich der ersatzweisen Planung nach § 37 Abs. 3 StrG LSA "L 50 Baustellenzufahrten Eulenberg"

Stand: Mai 2024

Maßstab: 1:5 000

Planverfasser: Landeshauptstadt Magdeburg Fachbereich Stadtplanung und Vermessung An der Steinkuhle 6 39 128 Magdeburg

250 0 500 1000 1500 2000 Ausschnitt aus der topographischen Stadtkarte M 1:10 000 Stand des Stadtkartenauszuges: 07/2023

- Art der baulichen Nutzung (§9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. §9 BauNVO)
 Zulässig sind Gewerbebetriebe aller Art unter Beachtung der Anlage 1 des Abstandserlasses Sachsen-Anhalts (v. 25.8.2015 MBI. LSA S. 758). Im Industriegebiet sind folgende Nutzungsarten nicht zulässig (§1 Abs. 5 und 6 BauNVO i.V. mit §9 (2) BauNVO): Speditionsbetriebe und sonstige Logistikbetriebe, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
- ebenerdige Photovoltaikanlagen. Maßder baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. §8 und 9 BauNVO)

 Bezugshöhe für die festgesetzte Gebäudehöhe ist die mittlere Geländehöhe mit 97 m über NHN (DHHN2016).

 Eine Überschreitung der maximalen Bauhöhe von 50 m ist ausnahmsweise zulässig für notwendige technische Anlagen und Aufbauten (§16 Abs. 6 BauNVO), wenn die obere Luftfahrtbehörde zustimmt (§12 Abs. 3 LuftVG).
- Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB i. V. m. §1 (10) BauNVO
 Im GI-Gebiet ist für den ÖPNV ein Wegerecht von mind. 6,5 m Breite einzuräumen, das eine Durchfahrt von der L 50 an die B 81 ermöglicht. Bis zur Fertigstellung der Anbindung an die B 81 ist die Möglichkeit einer Wendeschleife nach RASt 06 (Bild 61, Flä chenbedarf für Gelenkbusse) sicherzustellen (§9 Abs.1 Nr.21 + §9 Abs.2 Nr.2 BauGB).
- Artenschutzrechtliche Festsetzungen (§9 (1) Nr. 20 BauGB
 Für die streng geschützte Arte Feldhamster und die besonders geschützte Art Feldlerche sind folgende Maßnahmen im Vorgriff der Baumaßnahmen als vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) umzusetzen und für 25 Jahre zu erhalten. Hierzu ist ein Vertrag mit einer in Sachsen-Anhalt anerkannten Einrichtung für die Übernahme vom Kompensationspflichten zu 4.1.1. Feldhamster Die im Geltungsbereich des Bebauungsplans vorkommenden Hamster sind vor Baubeginn umzusiedeln.
 Die Hamsterumsiedlung hat ausschließlich im Zeitraum von Anfang April bis 31. Mai und ab 25. August bis 30. September unter fachlicher Anleitung in Abstimmung mit der Unteren und Oberen Naturschutzbehörde zu erfolgen.
 Nach der Umsiedlung ist die betreffende Fläche, sofern Baumaßnahmen nicht unmittelbar bevorstehen, vom Mutterboden zu
- beräumen, regelmäßig zu mähen oder zu grubbern.
 Eine Ausgleichsfläche von 14,5 ha ist im Vorkommensgebiet des Feldhamsters (Territorium der Landeshauptstadt Magdeburg oder Naturraum der Magdeburger Börde) bereitzustellen und hamsterfreundlich zu bewirtschaften (Hamstermutterzelle). Die Maßgaben für eine "hamsterfreundliche"Bewirtschaftung sind dem Umweltbericht zu entnehmen.
- 4.1.2. Feldlerche Es sind 194,25 ha Feldvogelstreifen in Naturraum der Magdeburger Börde anzulegen. Die Standorte der Feldvogelstreifen wechseln jährlich entsprechend der Bewirtschaftung (Fruchtfolge). 4.1.3. Produktionsintegrierte Artenschutzmaßnahmen für Hamster, Feldlerche und weitere Arten der Agrarlandschaft Im Naturraum der Magdeburger Börde sind folgende Maßnahmen im Rahmen der externen Ausgleichsmaßnahmen
- (Ökokontomaßnahmen) umzusetzen:
 Anlegen einer extensiv bewirtschafteten Ackerfläche auf mindestens 17 ha (ortsfest).
 Anlegen von mehrjährigen Blühstreifen heimischer Arten (mehrjährige Mischungen aus gebietsheimischen Wildkräutern), mit einer Mindestbreite von 6 m und einer Flächengröße von mindestens 30 ha. Die Standorte der Blühstreifen können alle zwei Jahre entsprechend der Bewirtschaftung (Fruchtfolge) wechseln.
 Zum Schutz der Avifauna und Minderung der Lärmemission sind Eingriffe in den bestehenden Gehölzbestand und
 Baufeldräumung auf den Zeitraum außerhalb der jährlichen Hauptbrutsaison (vom 01. März bis 31. September) zu beschränken.
- Ausgleichsmaßnahmen Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB, §9 Abs.1a BauGB, §1a Abs.3 BauGB, §135a BauGB)
- 5.1. Pflanzbindungsflächen
 5.1.1. Die mit A 1 gekennzeichneten Flächen sind Maßnahmeflächen des DEGES im Rahmen des Neubaus der BAB 14 (siehe nachrichtliche Übernahme). Auf den Flächen sind die vorhandenen Pflanzungen zu erhalten.
- 5.2. Ausgleichsflächen innerhalb des Gebietes
 5.2.1. Die mit A 2 gekennzeichneten Flächen sind als Feldgehölzhecken zu entwickeln und geschlossen gemäß dem Artenspektrum des Traubeneichen-Winterlinden-Hainbuchen-Mischwaldes (standortgemäße, potentielle natürliche Vegetation) zu bepflanzen und auf Dauer zu erhalten. Je 100 m²Pflanzgebotsflächen sind mindestens 40 Sträucher und 4 Laubbaumheister zu pflanzen. Die Qualität der Gehölze richtet sich nach den Festsetzungen in Punkt 7.

 5.2.2. Begrünung der Flächen unter Freileitungen bzw. über Rohrleitungstrassen (Freihalten der Schutzstreifen, und der Vorbehaltsfläche für die Autobahnauffahrt) als extensives (mesophiles) Grünland (A 3). Diese Flächen sind von jeglicher Bebauung freizuhalten. Die Flächen sind extensiv als Grünland zu bewirtschaften. Dazu sind die Flächen mindestens 2-mal jährlich zu mähen. Einzelsträucher mit einer maximalen Höhe von 3,0 m sind zulässig. Der Umkreis von 20,0 m um die

G:\GIS\BPLAENE\353-2 1Ä\2024-03 Satzung\353-2 1Ä.dgn

- jährlich zu mähen. Einzelsträucher mit einer maximalen Höhe von 3,0 m sind zulässig. Der Umkreis von 20,0 m um die Freileitungsmasten ist von jeglicher Unterpflanzung freizuhalten.

 5.2.3. Die mit A 4 gekennzeichneten Flächen sind als extensive Wiesenflächen mit eingestreuten Feldgehölzbereichen (Haselwurz-Labkraut-Traubeneichen-Hainbuchenwald) in Form von Strauchinseln und Baumgruppen mit großkronigen Bäumen anzulegen. Auf der Grünfläche sind je 500 m²Grünfläche 4 Bäume (zwei Hochstämme und zwei Heister) und 40 Sträucher zu pflanzen. Die Restflächen sind als naturnahe Wiesenflächen zu entwickeln. Diese Wiesenflächen sind mindestens einmal (maximal zweimal) jährlich zu mähen. Die Qualität der Gehölze richtet sich nach den Festsetzungen in Punkt 7.

 5.2.4. Die mit A 5 gekennzeichneten Flächen sind als Feldgehölze zu entwickeln und geschlossen gemäß dem Artenspektrum des Haselwurz-Labkraut-Traubeneiche-Hainbuchenwaldes (standortgemäße, potentielle natürliche Vegetation) zu bepflanzen und auf Dauer zu erhalten. Je 100 m²Pflanzgebotsflächen sind mindestens 40 Sträucher und 4 Laubbäume (Hochstämme) zu pflanzen. Die Qualität der Gehölze richtet sich nach den Festsetzungen in Punkt 7.

 5.2.5. In allen Grünflächen sind bis maximal 50 % der Flächen naturnahe Regenwasserversickerungs- oder Regenwasserbewirtschaftungsanlagen zulässig. Die Flächen sind extensiv als Grünland zu bewirtschaften. Dazu sind die Flächen mindestens 2-mal jährlich zu mähen. Einzelsträucher mit einer maximalen Höhe von 3,0 m sind zulässig.

- Ausgleichsflächen außerhalb des Gebietes
 Das verbleibende Ausgleichsdefizit in Höhe 5.058.819 Wertpunkten nach dem Modell des Landes Sachsen Anhalt ist außerhalb Hierzu ist ein Vertrag mit einer in Sachsen-Anhalt anerkannten Einrichtung für die Übernahme vom Kompensationspflichten zu
- Grünordnerische Festsetzungen (§9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
- 6.1. Begrünung Stellplätze
 6.1.1. Ebenerdige Stellplätze sind aus Gründen des Kleinklimas mit einem Baumdach zu überstellen. Dabei ist je 5 angefangene Stellplätze ein mittel- bis großkroniger standortgerechter Baum, in eine mind. 2 m breite und mind. 10 m²große unversiegelte Pflanzfläche zu pflanzen und auf Dauer zu erhalten. Abgängige Bäume sind in der nächsten Pflanzperiode zu ersetzen.
 6.1.2. Ausnahmen von einem Baumdach sind möglich bei LKW-Stellplätzen. In diesem Fall können die Bäume am Rand der Stellplätze
- 6.2. Private Grünfläche A46.2.1. Innerhalb der privaten Grünfläche A4 kann die Lage des Fuß- und Radweges variieren.
- Festsetzung der Qualität der Pflanzungen
 Die zur Anpflanzung festgesetzten Laubbaum- und Straucharten müssen:

 bei Baumpflanzungen auf den Parkplätzen, Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 18 20 cm,
- bei allen weiteren Baumpflanzungen, Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 16 18 cm, bei Heistern für Flächenpflanzungen eine Höhe von mindestens 1,0 m (ohne Ballen), mind. 2x verpflanzt, bei Sträuchern für Flächenbepflanzungen eine Höhe von mindestens 0,6 m (ohne Ballen, mind. 2 x verpflanzt) aufweisen.
- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§9 (1) Nr. 20 BauGB)
 Der biologisch aktive Oberboden ist in einer Dicke von mindestens 40 cm abzutragen, zu lagern und einer weiteren Nutzung
- Geh- Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 i.V. mit §9 Nr. 10 BauGB)

 Die festgesetzten Geh-, Fahr- und Leitungsrechte werden wie folgt definiert:

 GFL1: Geh- Fahr-und Leitungsrecht von 20 m Breite zugunsten der Ontras als zuständigen Versorgungsträger der Gasleitung "FGL 103 DN 900"(Leitung mit beidseitigen Schutzstreifen von 10 m),

 GFL2: Geh- Fahr-und Leitungsrecht von 8 m Breite zugunsten der TWM als zuständigen Versorgungsträger für die geplante Trinkwasserleitung DN 600 ST (Leitung mit beidseitigen Schutzstreifen von 4 m),

 GFL3: Geh- Fahr-und Leitungsrecht für einen Trassenkorridor von 80 m Breite für eine 380 KV-Freileitung zugunsten der zuständigen Versorgungsträger (50Herz)
- zuständigen Versorgungsträger (50Herz),
 GFL 4: Geh- Fahr-und Leitungsrecht für einen Leitungskorridor (für Gas, Wasser, Abwasser, Medienerschließung etc.) von maximal 125 m Breite zugunsten der zuständigen Versorgungsträger.
 Im Bereich der Geh-, Fahr- und Leitungsrechte sind eine Überbauung und Gehölzanpflanzungen unzulässig. Ausnahmen können bei Zustimmung des zuständigen Leitungsträgers erteilt werden.
- 10.1. Die mit A1 gekennzeichneten Flächen sind Maßnahmeflächen im Rahmen des Neubaus der BAB 14.
 10.2. Gem. §39 Abs. 5 BNatschG sind Eingriffe in den bestehenden Gehölzbestand und Baufeldräumung auf den Zeitraum außerhalb der jährlichen Hauptbrutsaison (vom 01. März bis 30. September) zu beschränken.
- 10.3. Archäologie
 Im Plangebiet bestehen begründete Anhaltspunkte, dass bei Bodeneingriffen unbekannte Bodendenkmale entdeckt werden. Aus diesem Grunde und vor allem um Verzögerungen und Baubehinderungen im Bauablauf durch derartige Funde und Befunde auszuschließen, muss aus facharchäologischer Sicht der Baumaßnahme ein fachgerechtes und repräsentatives Dokumentationsverfahren vorgeschaltet werden. Bei bestätigter Fundlage ist eine umfassende Dokumentation unvermeidlich; vgl. OVG MD 2 L 154/10 vom 26.07.2012. Nach §9 (3) Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt besteht eine gesetzliche Meldepflicht im Falle unerwarteter freigelegter archäologischer Funde oder Befunde.

Die Satzung zum Schutz des Baumbestandes, der Großsträucher und Klettergehölze als geschützter Landschaftsbestandteil in der Stadt Magdeburg Baumschutzsatzung vom 30.06.2023, Amtsblatt Nummer 14/2023) ist einzuhalten.

- Pflanzarbeiten Bei den Pflanzarbeiten ist die DIN 18916 zu beachten.
- 10.6. Bodenschutz Boden, der bei Veränderungen an der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen (§202 BauGB). Im Übrigen gelten die DIN 18915 in der aktuellen Fassung sowie das Bodenschutzgesetz (BodSchG), insbesondere §4.

Für Eingriffe in den Wurzelbereich bestehender Bäume sind die Festlegungen der DIN 18920 bzw. der RAS LG 4 in der aktuellen

. Niederschlagswasser
Die ordnungsgemäße Beseitigung des Niederschlagswassers obliegt den jeweiligen Grundstückseigentümern (§§56 Satz 2 WHG, 79 b WG LSA). Das anfallende Niederschlagswasser soll entsprechend der Maßgaben des §§ 55 Abs. 2 WHG ortsnah versickert, verrieselt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden.

- 10.8. Abstände baulicher Anlagen zu angrenzenden Straßen 10.8.1.
- Hochbauten jeder Art errichtet werden. Die übrigen Baubeschränkungen des §9 Abs. 1 FernStrG sind zu beachten. Im Abstand bis zu 100 m zu Bundesautobahnen bedürfen bauliche Anlagen gemäß§9 Abs. 2 FStrG der Zustimmung des
- 10.8.3. m Abstand bis zu 40 m zu Landesstraßen bedürfen bauliche Anlagen gemäß§24 Abs.2 StrG LSA der Zustimmung der
- Innerhalb der gemäß§9 (2) FStrG geltenden 100 m Baubeschränkungszone entlang der BAB 14 sind freistehende, großdimensionierte und insbesondere bewegliche oder beleuchtete Werbeanlagen mit Ausrichtung auf die BAB 14 grundsätzlich auszuschließen. Werbeanlagen an Gebäuden am Ort der Leistung sind möglich, dem Fernstraßen-Bundesamtes jedoch im Einzelfall zu deren Genehmigung zwecks Zustimmung nach §9 (2) FStrG gesondert vorzulegen.
- Die Vorgaben gelten auch an den Verbindungsrampen der Anschlussstellen, §9 (2) FStrG. GemäßPlanfeststellungsbeschluss vom 10.02.2000 zur Verlängerung der Start- und Landebahn des Flugplatzes Magdeburg liegt das Plangebiet im Bauschutzbereich (§12(3) Luftverkehrsgesetz (LuftVG)/ §51 Luftverkehrszulassungsordnung (LuftVZO)). Ergänzend wurden Hindernisbegrenzungsflächen festgelegt gemäßBMV-Richtlinie vom 19.08.1971. Durchdringen Gebäude oder Bauteile den Bauschutzbereich des Verkehrslandeplatzes Magdeburg, ist eine Kennzeichnung als Luftfahrthindernis erforderlich in Die Höhenlage des Bauschutzbereiches ist der Stellungnahme der Flugplatzbetriebsgesellschaft
- 10.9. Für jegliche Nutzungsänderungen (auch temporär) im Freileitungsschutzstreifen und bei Bau- und Pflanzmaßnahmen ist die Zustimmung des Leitungsbetreibers beim Regionalzentrum West, Standort Wolmirstedt, Am Umspannwerk 1, 39326 Wolmirstedt, (E-Mail: leitungsauskunft-rzwest@50hertz.com) einzuholen. Konkrete Planungsunterlagen, z.B. über Standorte und Höhe einer vorgesehenen baulichen Veränderung, Bepflanzung etc., sind möglichst frühzeitig der 50Hertz Transmission GmbH zur Kenntnis zu geben, um die Voraussetzungen zum Erteilen einer Zustimmung klären zu können.
- Hinweise Eine Bebauung von Flächen innerhalb der Schutzstreifen bzw. den Sicherheitsabständen der Leitungstrassen ist nur mit
- Zustimmung der jeweiligen Versorgungsträger möglich.

 Das Gebiet ist als Bombenabwurfgebiet registriert. Vor Beginn jeglicher Baumaßnahmen ist eine Kampfmittelerkundung bzw. bei Erforderlichkeit eine Kampfmittelbeseitigung durchzuführen.

 Alle der Planung zu Grunde liegenden Gutachten und Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und DIN-Vorschriften) können bei der Landeshauptstadt Magdeburg, Fachbereich Stadtplanung und Vermessung, An der Steinkuhle 6, 39128 Magdeburg eingesehen werden. Die in Sachsen-Anhalt anerkannte Einrichtung für die Übernahme von Kompensationspflichten sind folgenden Verordnungen und
- Bekanntmachungen zu entnehmen: Verordnung zur Übertragung von Kompensationspflichten (GVBI. LSA Nr. 17/2011 vom 31.August 2011)
 Bekanntmachung vom 15.11.2013 "Anerkannte Einrichtungen für die Übernahme von Kompensationspflichten (MBI LSA Nr. 41 vom 16. Dezember 2013) Bekanntmachung vom 13.10.2016 "Anerkannte Einrichtungen für die Übernahme von Kompensationspflichten, Änderung"(MBI LSA Nr. 40 vom 21. November 2016).

 Die Planung "L50 Baustellenzufahrten Eulenberg"ist Bestandteil des B-Planes "Eulenberg", 1. Änderung.

Landeshauptstadt

EULENBERG